

19. VI. 1917

Ein diplomatischer Zwischenfall

Zur Ausweisung Grimms

Ein verhängnisvoller Schritt

Ein Telegramm der Petersburger Telegraphenagentur vom 17. d. (vergl. „Bund“ vom 18. Juni, Morgenblatt) berichtet, die russische Regierung besitze Beweise dafür, daß Nationalrat Grimm ein Agent Deutschlands sei; sie habe dessen Ausweisung verfügt, und Grimm habe das russische Gebiet bereits verlassen. Gleichzeitig kam aus gleicher Quelle die Meldung, der Generalkongress der Arbeiter- und Soldatendelegationen habe die Haltung der sozialistischen Minister in dieser Angelegenheit mit 640 gegen 21 Stimmen gutgeheißen und den Beschluß der Minister gebilligt, wonach die Einzelheiten dieser Angelegenheit bekanntgegeben werden sollten.

Es hat wohl jedermann als selbstverständlich angenommen, daß keine schweizerische Amtsstelle mit der Mission Grimm etwas zu tun haben könne. Darum war die Nachricht nicht geeignet, besonderes Aufsehen zu erregen, um so weniger, als man schon früher Grimms Takt in internationalen Dingen zu beurteilen Gelegenheit hatte.

Leider ist inzwischen eine unerhörte, schmerzliche Ueberraschung eingetreten. Die Beweise, von denen die erste Meldung der P. T. A. sprach, scheinen nichts anderes zu sein, als chiffrierte Telegramme des Vorgesetzten des schweizerischen Politischen Departements über deutsche Friedensbedingungen, die Herrn Grimm auf seinen Wunsch nach Rußland geschickt worden seien, ohne daß die übrigen Mitglieder des Bundesrates oder auch nur der Chef der auswärtigen Abteilung des Politischen Departements von diesem sonderbaren Verkehr eine Ahnung gehabt hätten!

Dabei ist für jeden Schweizer, am allerersten für diejenigen, die die Persönlichkeit des Herrn Bundesrat Hoffmann kennen, eines sicher: im Interesse einer fremden Macht ist dieser Schritt nicht geplant worden; es sprechen zu viel schweizerische Interessen für einen baldigen Frieden, als daß man etwa den Vorgesetzten des Politischen Departements als einen „Agenten Deutschlands“ hinstellen dürfte. Trotzdem hat der Schritt auf einen Abweg geführt, der eigentlich nur von einem fährlosen Blinden sollte eingeschlagen werden können. Er ist die unmittelbare Folge eines Hanges zur Geheimhaltung wichtiger Vorkehren; es ist ganz unmöglich, daß der Gesamtbundesrat zugestimmt hätte, wenn Herr Hoffmann die Angelegenheit ordnungsgemäß vorgelegt hätte.

Wir greifen aus den Bedenken, die sich sofort aufdrängen mußten, nur die nächstliegenden Erwägungen heraus:

Kann die Schweiz, die, wie es gerade Herr Hoffmann mit Recht und größter Schärfe immer wieder betonte, in ihrer wirtschaftlichen Existenz von beiden Kriegslagern abhängig ist, irgendwelche Schritte wagen, die auch nur den Schein erwecken könnten, daß sie auf die Nichtbefolgung des russischen Solidaritätsversprechens (Londoner Pakt) hinwirken wolle?

Hat nicht die Erfahrung mit den Vermittlungsdiensten des Gesandten Ritter in Washington gezeigt, wie heikel das Anfassen solcher Dinge selbst bei korrektem Vorgehen für die Schweiz ist?

Ist nicht gerade jetzt, da wir eine Mission zur Aufklärung der amerikanischen öffentlichen Meinung ausenden wollen, Zurückhaltung doppelt notwendig?

Und wenn man diese Bedenken in den Wind schlagen wollte: ist es denn Herrn Hoffmann ganz entgangen, mit welchen Kommentaren die Entente-Presse die Grimmische Expedition durch Deutschland nach Rußland versehen hat — Kommentare, die es nahelegen mußten, daß Grimm in Rußland überwachet würde und daß er zum Anvertrauen politischer Geheimnisse die denkbar ungeeignetste Person war?

Wie sehr Herr Grimm dies ist, bestätigt er selbst in seiner Rechtfertigung gegenüber Zeretelli und Skobelew (siehe das vorstehende Petersburger Telegramm), in dem er das Telegramm von Herrn Bundesrat Hoffmann als

einen Versuch Deutschlands hinstellt, von seinem Aufenthalt in Rußland zu profitieren!

Abgesehen davon: Hat Herr Hoffmann auch nur einen Augenblick ernsthaft geglaubt, daß Herr Grimm den nötigen patriotischen Takt aufbringe zur wirksamen Betätigung in einer so außerordentlich schwierigen Angelegenheit? Oder daß er auch nur imstande sei, die Friedensstimmung in Rußland ungetrübten Auges, ganz unabhängig vom Parteistandpunkt und vom Einfluß seiner Leninischen Umgebung zu beurteilen, so daß der Chef des Politischen Departements, gestützt auf eine Grimmische Meinungsäußerung, eine so risikante Handlung unternehmen durfte?

Es kam, wie es kommen mußte! Die Depesche für Herrn Grimm wurde abgefaßt und entziffert. Erste Folge: Die Schweiz erlebt eine Demütigung. Dem Schweizergesandten in Petersburg, Herrn Odier, wird verboten, mit chiffrierten Telegrammen zu verkehren; die Schweiz ist eines der im freundlichen Verkehr zwischen den Regierungen immer anerkannten Mittels beraubt und — ihre diplomatische Korrespondenz unter Aufsicht gestellt!

Wir können uns darauf berufen, daß die Friedensvermittlung nach dem Haager Abkommen nicht als unfreundlicher Akt angesehen werden soll. Das hindert nicht, daß alles, was auf das Abspenstigmachen eines Verbündeten hinauszuweisen scheint, von den auf Tod und Leben kämpfenden Nationen als unfreundlich empfunden wird, und daß jedenfalls nicht der von Hoffmann-Grimm eingeschlagene Weg der korrekte ist.

Hier kommen wir auf die innerpolitische Seite der Angelegenheit. Wir berufen uns immer darauf, daß die Schweiz keine Geheimdiplomatie kenne. Das ist auch verfassungsmäßig so und kann nicht anders sein. Das ist nicht nur formell; es liegt im Willen des ganzen Schweizervolkes, daß es so sei und bleibe.

Nicht nur, weil ein unbedachter, unbegreiflicher Schritt eines Mitgliedes des Bundesrates das Land nach außen in eine schiefe Stellung gebracht hat und eine ohnehin schwierige Lage zu verschärfen droht, sondern weil die gleiche Person mit der Art des Vorgehens gegen gut schweizerisches Empfinden und alle Gepflogenheiten verstoßt, muß das Bedauern über den Verlust einer so hervorragenden, in mancher Weise überragenden Kraft hier zunächst verstummen. Alles verdiente menschliche Mitgefühl kann nicht zur Solidarität mit dem Fehlbaren führen. Der Bundesrat kann unmöglich den inkorrekten, hinter seinem Rücken unternommenen Schritt deden. Es gibt nichts mehr als sofortige Demission des Chefs des Politischen Departements.

Es war eine denkwürdige Sitzung im Bundesrat, Montag den 18. Juni 1917, vormittags. Es war eben Hoffmanns sechzigster Geburtstag! Im vollen Bewußtsein dessen, was Dr. Arthur Hoffmann dem Lande Gutes und Großes geleistet, hielt der Bundespräsident eine Ansprache und übergab dem Kollegen einen Blumenstrauß. Dann kam ein Telegramm, das den andern Mitgliedern des Bundesrates die große, peinliche Ueberraschung bereitete, und Herr Hoffmann erklärte, daß er, im Wunsch, dem Frieden und der Menschheit zu dienen, einen Fehler begangen habe. Der Gedanke an den Rücktritt drängte sich ihm auf.

Es gibt keinen andern Weg mehr. Das Schweizervolk will nicht, daß sich seine Leiter in fremde Hände einmischen, weder militärisch, noch diplomatisch, am wenigsten dann, wenn die Einmischung praktisch auf die Begünstigung einer Kriegspartei hinausläuft. Es widerspricht dem demokratischen Gefühl, daß geheime Missionen in unsere Beziehungen zum Ausland eingreifen. Eine Kabinettspolitik, die den verantwortlichen Stellen die Kenntnis der wichtigsten Dinge entzieht, widerspricht jeder schweizerischen Auffassung. Wer sich gegen solche elementaren Grundsätze unseres staatlichen Lebens verhält, der hat in der politischen Leitung des Landes nach unserm Empfinden keinen Platz mehr.

Eine Mitteilung der Petersburger Telegraphen-Agentur

Petersburg, 18. d. (P. T. A.) Die provisorische Regierung wurde von unansehnlicher Quelle darüber unterrichtet, daß der Schweizerbürger Robert Grimm, pazifistischer Sozialist, zurzeit in Petersburg, von dem schweizerischen Bundesrat Hoffmann folgende Verbalmitteilung erhalten hatte: (folgt der Wortlaut des Telegramms von Bundesrat Hoffmann an die Gesandtschaft in Petersburg, mit Ausnahme der Stelle, die sich auf die Kriegsziele gegenüber der Entente bezieht). Das Telegramm der P. T. A. fährt dann fort: Nachdem die Regierung Kenntnis von diesem Dokument hatte, beauftragte sie die sozialistischen Minister Zeretelli und Skobelew, von Herrn Grimm Aufklärungen zu verlangen. Dieser wies den Ministern ein Dokument vor, auf Grund dessen er zu beweisen versuchte, daß er weder eine direkte, noch eine indirekte Mitteilung bezüglich Friedensunterhandlungen erhalten habe und daß das erwähnte Telegramm einen Versuch Deutschlands darstelle, von seinem Aufenthalt in Rußland zu profitieren, zum Zwecke der Wiederherstellung der internationalen sozialistischen Bande und eines allgemeinen Friedens im Interesse der deutschen Regierung. Grimm erklärte weiter, daß er noch in Bern während der Einholung des Bismars für seinen Paß jede politische Unterhaltung vermieden habe, sowie jeden Kontakt mit den deutschen Mehrheitssozialisten und endlich, daß er in seiner Eigenschaft als Sozialist niemals der Träger von imperialistischen Friedensvorschlägen zwischen den Regierungen sein könne. Da die beiden Minister Zeretelli und Skobelew die Erklärungen Grimms wenig befriedigend fanden, ersuchte die provisorische Regierung Herrn Grimm, Rußland zu verlassen, was er auch getan hat.

Eine englische Stimme

London, 18. d. (Reuter) Die „Times“ schreiben: Die Uebermittlung eines Angebotes für einen unehrenhaften deutschen Frieden in Petrograd durch Bundesrat Hoffmann mittelst amtlicher schweizerischer Chiffre-Schrift ist ein internationaler Zwischenfall, der eine sofortige Untersuchung verlangt. Nach der gegenwärtigen Kenntnis der Sachlage ist es kaum möglich, zu entscheiden, ob der durch ein Mitglied der schweizerischen Regierung zugunsten der deutschen Interessen unternommene unneutrale Schritt den Alliierten zum Schaden gereicht. Wir halten das Urteil zurück, indem wir entschiedene Vorstellungen erwarten, welche, wie wir vermuten, die verbündeten Regierungen in Bern erheben werden. Wir erwarten inzwischen auch das Urteil des Schweizervolkes selber.

Zur Aufklärung über die vorstehend publizierten Telegramme wird mitgeteilt:

Am 27. Mai 1917 hatte Nationalrat Grimm die schweizerische Gesandtschaft in Petrograd, wo er sich damals aufhielt, ersucht, Herrn Bundesrat Hoffmann ein Telegramm zu übermitteln, in welchem er in der Hauptsache ausführte, das Friedensbedürfnis sei allgemein vorhanden, ein Friedensschluß sei in politischer, wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht zwingende Notwendigkeit, die Erkenntnis hiervon sei an maßgebender Stelle vorhanden. Die einzig mögliche und gefährlichste Störung aller Verhandlungen könnte nur durch eine deutsche Offensive im Osten erfolgen; unterbleibe diese Störung, so werde eine Liquidation in relativ kurzer Zeit möglich sein. Daran wurde die Bitte geknüpft, Bundesrat Hoffmann möchte über die ihm bekannten Kriegsziele der Regierungen Nationalrat Grimm unterrichten, da die Verhandlungen dadurch erleichtert würden.

Am 3. Juni 1917 ist folgendes chiffrierte Antwort-Telegramm an die schweizerische Gesandtschaft in Petrograd abgegangen: „Bundesrat Hoffmann ermächtigt Sie, Grimm folgende mündliche Mitteilungen zu machen: Es wird von Deutschland keine Offensive unternommen werden, so lange mit Rußland gütliche Einigung möglich scheint. Aus wiederholten Bepreschun-

gen mit prominenten Persönlichkeiten habe Ueberzeugung, daß Deutschland mit Rußland beiderseits ehrenvollen Frieden anstrebt mit künftigen engen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen und finanzieller Unterstützung für Wiederaufbau Rußlands. Nichteinmischung in Rußlands innere Verhältnisse, freundschaftliche Verständigung über Polen, Litauen, Kurland unter Berücksichtigung ihrer Völkereigenart, Rückgabe besetzten Gebietes gegen Rückgabe von Rußland besetzten Gebietes an Oesterreich-Ungarn. Bin überzeugt, daß Deutschland und seine Verbündeten auf den Wunsch von Rußlands Verbündeten sofort in Friedensverhandlungen eintreten würden. Bezüglich der Kriegsziele nach dieser Seite verweise auf Rundgebung in „Norddeutscher Allg. Zeitung“, worin grundsätzliche Uebereinstimmung mit Asquith über die Frage der Annektionen behauptet wird, Deutschland wolle keine Gebietserweiterungen zum Zwecke der Vergrößerung, sowie der politischen und wirtschaftlichen Machterweiterung.“

Dieses Telegramm ist von unbefugter Seite entziffert und in der Zeitung „Sozialdemokraten“, dem Organ von Branting in Stockholm, veröffentlicht worden.

Dieser Schritt ist von Bundesrat Hoffmann ohne jede Beeinflussung im Interesse der Förderung eines baldigen Friedens und damit im eigenen Landesinteresse unternommen worden.